

**Niederschrift Finanzausschuss
(Sitzung FIA/002/2013)**

am 28.02.2013	von 15:00 Uhr bis 17:00 Uhr
im Sitzungsraum im Hohenzollernbad, EG 12, Moltkestraße 45, 51643 Gummersbach	

Teilnehmer:

Vorsitz Margit Ahus

Mitglieder		Bemerkungen
Ahus, Margit	CDU	
Osterberg, Axel	CDU	
Albowitz-Freytag, Ina	FDP	
Dummer, Michael	SPD	
Grafflage, Jürgen	GRÜNE	
Hüttenmeister, Monika	CDU	
Kleine, Jürgen	CDU	
Kuxdorf, Dieter	SPD	
Mederlet, Frank	SPD	
Schäfer, Helmut	GRÜNE	
Schmitz, Wilhelm	CDU	
Simeth, Jürgen	LINKE	
Stricker, Günter	CDU	
Tillmann, Annette	CDU	
Wurth, Ralf	SPD	
Schäfer, Udo	pro NRW	
Müller, Reinhold	FDP	Vertretung für Frau Birgit Hähn
Pütz, Jens Holger	DU/FWO	Vertretung für Herrn Bernd Blum

Entschuldigte Mitglieder		
Hähn, Birgit	FDP	
Blum, Bernd	DU/FWO	

Teilnehmer Verwaltung	
Kreisdirektor	Jochen Hagt
KK	Klaus Grootens
LKMD	Dr. Jorg Nürnberger
LKRD	Dr. Christian Dickschen
LKBD	Uwe Stranz
KVD	Jochen Hasenbach
KVR	Wolfgang Hamm

Gäste:

--

Die Niederschrift führt Wolfgang Hamm.

Die Vorsitzende, Frau Ahus, eröffnet die Sitzung des Finanzausschusses und begrüßt die Mitglieder des Finanzausschusses, die Vertreter der Presse sowie die Zuhörer.

Frau Ahus stellt fest,

1. dass unter dem 14.02.2013 ordnungsgemäß eingeladen worden ist und
2. dass die Beschlussfähigkeit vorliegt.

Anschließend weist sie darauf hin, dass unter dem 21.02.2013 ein 1. Nachtrag zur Einladung sowie mit Schreiben vom 25.02.2013 ergänzende Unterlagen zur Sitzung nachgereicht wurden und als Tischvorlagen die Beantwortung der Anfragen der SPD-Kreistagsfraktion sowie die Beantwortung der Anfrage der Kreistagsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN ausliegen.

Außerdem weist Frau Ahus darauf hin, dass die Niederschrift über die in dieser Sitzung gefassten Beschlüsse von Herrn Helmut Schäfer, Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, mit unterzeichnet wird.

Zur Tagesordnung schlägt Frau Ahus vor, die in der Tagesordnung unter TOP 7.2 aufgeführte Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion zum Thema „Gebühren“ wegen des Sachzusammenhangs vor TOP 2 und die übrigen unter TOP 7 aufgeführten Anfragen der SPD-Kreistagsfraktion/ Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Haushalt vor TOP 3 „Haushalt“ zu beantworten.

Anschließend wird die Tagesordnung in der Fassung des 1. Nachtrages vom 21.02.2013 wie folgt festgestellt:

Tagesordnung

Ifd. Nr.	Tagesordnungspunkt	Vorlagennummer
A Öffentlicher Teil		
1	Einwohnerfragen	
7.2	Berücksichtigung indirekter Kosten bei den Gebührenkalkulationen Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 16.02.2013	0074/2013/I
2	Gebührensatzung des Oberbergischen Kreises	0066/2013/I
7.1	Entwicklung des Schuldenstands und Gründe hierfür Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 16.02.2013	0073/2013/I
7.3	Jahresabschlüsse des Kreises Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 16.02.2013	0075/2013/I
7.4	Inanspruchnahme der Allgemeinen Rücklage durch Umlageverbände Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 16.02.2013	0077/2013/I
7.5	Papierloser Kreistag Anfrage der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 17.02.2013	0076/2013/LR/KD
3	Haushaltssatzung 2013-2014/Fortschreibung Haushaltssicherungskonzept 2011 – 2014/ Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung 1. Beratung über vorliegende Anträge und Anregungen zum Haushalt	0063/2013/I

	<p>2. Beratung „Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung und Standardreduzierung“</p> <p>3. Beratung Haushaltsentwurf 2013-2014/ Haushalts-sicherungskonzept 2011 - 2014 einschließlich Beratungsergebnisse aus Nr. 1 + 2 und Veränderungsnachweis</p> <p>4. Beschluss Gesamthaushalt (bei Bedarf Einzelabstimmung über die Produktbereiche) unter Berücksichtigung von Anträgen und Veränderungsnachweis</p> <p>5. Beschluss Haushaltssatzung</p>	
4	Ermächtigungsübertragungen gem. § 22 GemHVO	0067/2013/I
5	Jahresabschlüsse der Haushaltsjahre 2009 ff. und Verfahren gem. Art. 8 § 4 des 1. NKF-Weiterentwicklungsgesetzes vom 18.09.2012	0068/2013/I
6	Anträge	
7	Anfragen - vorgezogen und vor TOP 2 bzw. vor TOP 3 behandelt, siehe oben	
8	Mitteilungen	
B Nichtöffentlicher Teil		
9	Anträge	
10	Anfragen	
11	Mitteilungen	
11.1	Mitteilung über aufgenommene Kredite im Jahr 2012	

* * * * *

A Öffentlicher Teil		
Zu TOP 1:	Einwohnerfragen	
	Es liegen keine Einwohnerfragen vor.	

Zu TOP 7.2:	Berücksichtigung indirekter Kosten bei den Gebührenkalkulationen Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 16.02.2013	0074/2013/I
Zu TOP 2:	Gebührensatzung des Oberbergischen Kreises	0066/2013/I
	<p>Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).</p> <p>Kreiskämmerer Grootens beantwortet die Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion zu TOP 7.2 „Berücksichtigung indirekter Kosten bei den Gebührenkalkulationen“ unter Hinweis auf die als Tischvorlage ausliegende Antwort und erläutert den Sachverhalt. Er weist darauf hin, dass die fachspezifischen Gebührentatbestände in den jeweiligen Fachausschüssen beraten und zur Beschlussfassung empfohlen wurden.</p> <p>Der <u>Finanzausschuss</u> fasst einstimmig folgenden</p>	
Beschluss Nr. 1:		
Der Kreistag beschließt die Neufassung der Gebührensatzung des Oberbergischen Kreises in der als Anlage beigefügten Fassung.		

Zu TOP 7.1:	Entwicklung des Schuldenstands und Gründe hierfür Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 16.02.2013	0073/2013/I
	<p>Kreiskämmerer Grootens verweist auf die als Tischvorlage ausliegenden schriftliche Beantwortung. Herr Wurth erklärt sich hiermit einverstanden und verzichtet auf weitergehende Erläuterungen und Nachfragen in dieser Sitzung.</p>	
Zu TOP 7.3:	Jahresabschlüsse des Kreises Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 16.02.2013	0075/2013/I
	<p>Kreiskämmerer Grootens verweist auf die als Tischvorlage ausliegenden schriftliche Beantwortung. Herr Wurth erklärt sich hiermit einverstanden und verzichtet auf weitergehende Erläuterungen und Nachfragen in dieser Sitzung.</p>	
Zu TOP 7.4:	Inanspruchnahme der Allgemeinen Rücklage durch Umlageverbände Anfrage der SPD-Kreistagsfraktion vom 16.02.2013	0077/2013/I
	<p>Kreiskämmerer Grootens verweist auf die als Tischvorlage ausliegenden schriftliche Beantwortung. Herr Wurth erklärt sich hiermit einverstanden und verzichtet auf weitergehende Erläuterungen und Nachfragen in dieser Sitzung.</p>	
Zu TOP 7.5:	Papierloser Kreistag Anfrage der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 17.02.2013	0076/2013/LR/ KD
	<p>KTM Helmut Schäfer erläutert die Anfrage und kritisiert die Antwort der Verwaltung, da die Fragen nicht konkret beantwortet seien.</p> <p>KTM Albowitz beantragt Aussprache und weist darauf hin, dass die Umstellung der Ratsarbeit auf digitale Form ein umfassendes Thema sei und schlägt ein weitere Erörterung im Ältestenrat vor. KTM Wurth führt aus, dass der Verzicht auf Papiervorlagen eine Bereitschaft der Betroffenen erfordere und es keinen „Umstellungszwang“ geben dürfe.</p>	

	<p>KTM Schäfer weist darauf hin, dass er keinen Antrag sondern eine Anfrage gestellt habe und fordert eine konkrete Beantwortung.</p> <p>KD Hagt weist darauf hin, dass eine elektronische Regelung für die Verwaltung einfacher sei. Da die Ermittlung der Zahlen zur Beantwortung der Anfrage einen erheblichen Zeitaufwand erfordere, werde die Antwort zur nächsten Sitzung des Finanzausschusses vorgelegt.</p>
--	--

Zu TOP 3:	<p>Haushaltssatzung 2013-2014/Fortschreibung Haushaltssicherungskonzept 2011 – 2014/ Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Beratung über vorliegende Anträge und Anregungen zum Haushalt 2. Beratung „Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung und Standardreduzierung“ 3. Beratung Haushaltsentwurf 2013-2014/ Haushaltssicherungskonzept 2011 - 2014 einschließlich Beratungsergebnisse aus Nr. 1 + 2 und Veränderungsnachweis 4. Beschluss Gesamthaushalt (bei Bedarf Einzelabstimmung über die Produktbereiche) unter Berücksichtigung von Anträgen und Veränderungsnachweis 5. Beschluss Haushaltssatzung 	0063/2013/I
	<p>Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).</p> <p>Kreiskämmerer Grootens erläutert einleitend das der Haushaltseinbringung vorgeschaltete „Benehmensverfahren“ nach dem neuen Umlagengenehmigungsgesetz und weist darauf hin, dass die in diesem Verfahren abgegebenen Stellungnahmen der kreisangehörigen Kommunen dem Kreistag - einschließlich einer Bewertung der Stellungnahmen durch die Verwaltung - mit der Haushaltseinbringung vorgelegt wurden. Mit der Einladung zur Sitzung des Finanzaus-</p>	

schusses habe die Verwaltung zusätzlich eine Übersicht mit den wesentlichen Kernaussagen der Städte/Gemeinden im Rahmen des Benehmensverfahrens übersandt. Kreiskämmerer Grootens weist weiter darauf hin, dass die Kommunen keine formellen Einwendungen gemäß § 55 Abs. 2 KrO gegen den Kreishaushalt erhoben hätten.

Auf Nachfrage verzichten die Fraktionen auf eine Erläuterung der Haushaltsdaten, da der Haushalt bereits in der Sitzung des Finanzausschusses am 07.01.2013 sowie in den Fraktionssitzungen umfassend durch Powerpointvorträge erläutert worden sei.

3.1 Beratung und Abstimmung über vorliegende Anregungen und Anträge zum Haushalt:

KTM Ahus weist darauf hin, dass eine aktualisierte Liste mit der Anregung der Alternativen Liste Radevormwald zum Kreishaushalt und den Anträgen zum Haushalt als Tischvorlage ausliege, in der die finanziellen Auswirkungen der Anträge und die Ergebnisse der Beratungen in den Fachausschusssitzungen ausgewiesen seien.

1. Anregung der Alternativen Liste Radevormwald „Begrenzung des Hebesatzes der allgemeinen Kreisumlage auf 42% bis zum Jahr 2016“

Kreiskämmerer Grootens verweist auf die Zuständigkeiten von Kreisausschuss und Kreistag für Anregungen gem. § 19 Hauptsatzung, bittet den Finanzausschuss aber um ein Votum zu der Anregung, da diese den Kreishaushalt betreffe.

Die Anregung wird bei 3 Gegenstimmen und 4 Stimmenthaltungen mehrheitlich **abgelehnt**.

2. Antrag Aidshilfe „Erhöhung Zuschuss um 1.500 €“

Dem Antrag wird einstimmig **zugestimmt**.

3. Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Wiedereintritt in Klimabündnis Allianz del Clima“

	<p>Der Antrag wird bei sieben Gegenstimmen mehrheitlich abgelehnt.</p> <p>4. Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „ Aufstockung Mittel Nahverkehrsplan um 200.000 €“</p> <p>Der Antrag wird bei drei Gegenstimmen mehrheitlich abgelehnt.</p> <p>5. Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Reduzierung Aufwand für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit um 30.000 €</p> <p>KTM Helmut Schäfer begründet den Antrag. Der Antrag wird bei sechs Gegenstimmen und einer Stimmenthaltung mehrheitlich abgelehnt.</p> <p>6. Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „ Senkung der Personalkosten in den Jahren 2013 bis 2015 um insgesamt 5%“</p> <p>KTM Grafflage begründet den Antrag und weist darauf hin, dass aus Sicht seiner Fraktion Einsparungen beim Personalaufwand erforderlich seien. Über die genaue Höhe könne man diskutieren. Einsparungen könnten durch eine Verwaltungsstrukturreform mit dem Ziel, eine Hierarchieebene abzubauen, erzielt werden.</p> <p>KTM Osterberg weist darauf hin, dass die CDU-Fraktion noch Beratungsbedarf habe und beantragt eine Verweisung des TOPs in den Kreisausschuss.</p> <p>KTM Wurth führt aus, dass auch die SPD-Kreistagsfraktion andere Strukturen befürworte und die Zielrichtung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstütze. Da das Einsparvolumen aber zu hoch gegriffen sei werde sich die SPD-Fraktion bei der Abstimmung enthalten. Außerdem führe eine Reform nicht kurzfristig zu Einsparungen, da das Personal vorhanden sei.</p>
--	---

KTM Müller weist darauf hin, dass die Organisationsstrukturen beim Oberbergischen Kreis aus seiner Sicht nicht zu beanstanden seien. Der Rheinisch Bergische Kreis habe seine Organisation zwischenzeitlich an die Organisationsform des Oberbergischen Kreises angeglichen. Außerdem sei ein Einsparvolumen von 5% unrealistisch.

Der Antrag wird einstimmig zur weiteren Beratung an den Kreisausschuss **verwiesen**.

Hinweis: Eine aktualisierte Liste mit den Anregungen/Anträgen zum Haushalt mit den Ergebnissen des Finanzausschusses ist der Originalniederschrift beigelegt und im Kreistagsinformationssystem abrufbar.

3.2 Beratung „Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung und Standardreduzierung“

Kreiskämmerer Grootens weist darauf hin, dass der Haushalt 2012 von der Bezirksregierung mit der Auflage genehmigt worden sei, mit der Vorlage des Haushalts 2013 darzustellen, in welchem Umfang Einsparpotentiale eingeplant worden sind bzw. in welchem Umfang Einsparpotentiale künftig erzielt werden sollen, wobei die Überprüfung möglicher Einsparpotentiale dem Kreistag vorzulegen sei. Eine Übersicht „Eingeleitete Maßnahmen und Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung und Standardreduzierung“ wurde dem Kreistag mit der Haushaltseinbringung am 06.12.2012 vorgelegt. Eine aktualisierte Liste mit den Ergebnissen der Fachausschussberatungen, sortiert nach Ergebnissen (Zuständigkeit Landrat, einstimmige Beschlussempfehlung, mehrheitliche Beschlussempfehlung sowie Maßnahmen, zu denen noch kein Votum erfolgt ist), sei übersandt worden.

KTM Grafflage bittet um Auskunft, wie groß das Haushaltskonsolidierungspotential der Liste insgesamt sei. Kreiskämmerer Grootens führt hierzu aus, dass z.B. im Bereich der Gebühren des Straßenverkehrsamtes und des Bauamtes deutliche Mehreinnahmen in sechsstelliger Höhe gegenüber dem Vorjahr veranschlagt worden seien. Daneben sei z.B. der Sanierungsaufwand für die Gebäudeunterhaltung gegenüber dem Vorjahr in siebenstelliger Höhe reduziert worden. Eine genaue Zahl könne jedoch nicht genannt werden, da die Vergleichsgröße bei vielen Positionen schwankend sei.

Nach weiterer Diskussion der KTM Helmut Schäfer, Albowitz, Grafflage, Wurth, Müller und Pütz über einzelner Punkte aus der Liste verständigt sich der Finanzausschuss darauf, über die Punkte der Liste en bloc abzustimmen:

Die Abstimmung erfolgt wie folgt:

1. Punkte „Zuständigkeit Landrat“ (Nr. 3, 4, 5, 6, 7, 8, 13, 27, 28, 29, 44, 46, 47, 48, 53):

Kenntnisnahme durch Finanzausschuss.

2. Punkte mit einstimmiger Beschlussempfehlung der Fachauschüsse (Nr. 14, 32, 33, 34, 36, 38, 39, 41, 43, 45, 49, 50):

Einstimmige Zustimmung durch Finanzausschuss.

3. Punkte mit mehrheitlicher Beschlussempfehlung der Fachauschüsse (Nr. 15, 16, 17, 18, 19, 31, 37):

Bei drei Stimmenthaltungen einstimmige Zustimmung durch Finanzausschuss.

4. Punkte, zu denen noch kein Votum vorliegt (Nr. 1, 2, 9, 10, 11, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 30, 35,

Keine Entscheidung im Finanzausschuss, Verweis an Kreisausschuss.

Hinweis: Eine aktualisierte Liste „Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung und Standardreduzierung“ mit den Ergebnissen des Finanzausschusses ist der Originalniederschrift beigelegt und im Kreistagsinformationssystem abrufbar.

	<p>3.3 Beratung Haushaltsentwurf 2013-2014/ Fortschreibung Haushalts sicherungskonzept 2011-2014 einschließlich Veränderungsnachweis</p> <p>Kreiskämmerer Grootens erläutert einzeln die Positionen des Veränderungsnachweises.</p> <p>Der Finanzausschuss stimmt dem Veränderungsnachweis bei sieben Gegenstimmen und einer Stimmenthaltung mehrheitlich zu.</p> <p>Da die Fraktionen noch Beratungsbedarf zu einigen Haushaltspositionen angemeldet hatten, wird auf eine Beschlussempfehlung zum Gesamthaushalt und zur Haushaltssatzung verzichtet.</p>
--	--

Zu TOP 4:	Ermächtigungsübertragungen gem. § 22 GemHVO	0067/2013/I
	<p>Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).</p> <p>Kreiskämmerer Grootens erläutert die Vorlage.</p> <p>KTM Wurth bittet darum, bis zur Sitzung des Kreisausschusses die Regelung zur Ermächtigungsübertragung dahingehend zu ergänzen, dass die Übertragungsliste dem Finanzausschuss und anschließend dem Kreistag vorgelegt wird, und die Beschlussfassung auf den Kreisausschuss zu vertagen.</p> <p>Die Ermächtigungsübertragungen aus dem Haushaltsjahr 2012 (Ziffer 2 des Beschlussvorschlages) nimmt der Finanzausschuss zur Kenntnis.</p>	

Zu TOP 5:	Jahresabschlüsse der Haushaltsjahre 2009 ff. und Verfahren gem. Art. 8 § 4 des 1. NKF-Weiterentwicklungsgesetzes vom 18.09.2012	0068/2013/I
	<p>Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).</p> <p>Kreiskämmerer Grootens erläutert die Vorlage.</p> <p>Der <u>Finanzausschuss</u> fasst einstimmig folgenden</p>	
<p>Beschluss Nr. 2:</p> <p>Der Kreistag beschließt, die Jahresabschlüsse für die Jahre 2009 und 2010 gemäß Art. 8 § 4 des 1. NKF-Weiterentwicklungsgesetzes in der nachfolgend beschriebenen Weise aufzustellen:</p> <p>Jahresabschluss 2009: Aufstellung gemäß Art. 8 § 4 NKF-WG (mit interner <u>umfangreicher Begleitung und Prüfung</u> durch das Rechnungsprüfungsamt des OBK)</p> <p>Jahresabschluss 2010: Aufstellung gemäß Art. 8 § 4 NKF-WG (mit interner <u>stichprobenartiger</u> Überprüfung durch das Rechnungsprüfungsamt des OBK)</p> <p>Jahresabschluss 2011: Aufstellung im „normalen“ Verfahren gemäß §§ 95, 96 GO NRW</p>		

Zu TOP 6:	Anträge	
	Anträge liegen keine vor.	

Zu TOP 7:	Anfragen	
	Die vorliegenden Anfragen wurden vor TOP 2 bzw. vor TOP 3 beantwortet, siehe oben.	

Zu TOP 8:	Mitteilungen	
	Es liegen keine Mitteilungen vor.	

B Nichtöffentlicher Teil		
Zu TOP 9:	Anträge	
	Anträge liegen keine vor.	
Zu TOP 10:	Anfragen	
	Anfragen liegen keine vor.	
Zu TOP 11:	Mitteilungen	
Zu TOP 11.1:	Mitteilung über aufgenommene Kredite im Jahr 2012	
	<p>KVR Hamm informiert in einem Powerpointvortrag über die in 2012 aufgenommenen Kredite und die Entwicklung der Investitions- und Kassenkredite.</p> <p>Der Vortrag ist der Originalniederschrift als Anlage beigefügt und im Kreistagsinformationssystem abrufbar.</p>	

* * * * *

gez.

 Margit Ahus
 - Vorsitzende -

gez.

 Helmut Schäfer
 - Ausschussmitglied -

gez.

 Wolfgang Hamm
 - Schriftführer -

gez.

 gesehen:
 Hagen Jobi
 - Landrat -

gez.

 Klaus Grootens
 - Kreiskämmerer -